

MIGRATION UND BEVÖLKERUNG

NEWSLETTER

Ausgabe 1
Januar 2013

Deutschland: Lohnentwicklung von Ausländern

Wenn Ausländer erstmals auf dem deutschen Arbeitsmarkt tätig werden, verdienen sie meist deutlich weniger als Deutsche. Die Lohnunterschiede werden aber im Laufe der Zeit geringer. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen verschiedenen Herkunftsgruppen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat Anfang Januar eine Studie veröffentlicht, in der die Lohnentwicklung von ausländischen und deutschen Arbeitnehmern verglichen wurde. Aus methodischen Gründen wurden nur Männer in Vollzeitbeschäftigung in die Untersuchung einbezogen.

Der Lohnunterschied zwischen deutschen und ausländischen Vollzeitbeschäftigten hat sich im Zeitraum 2000 bis 2008 deutlich verringert, ist aber noch weit von einer Angleichung entfernt. Laut der Studie verdienen Ausländer, die im Jahr 2000 neu in den deutschen Arbeitsmarkt eintraten, 64 % des Durchschnittslohns deutscher Arbeitnehmer. Acht Jahre später erreichten sie 72 %. Für den weiterhin merklichen Unterschied in den Lohnniveaus nennen die Forscher als mögliche Gründe die Qualifikation, das Alter, die Berufserfahrung und die Sprachkenntnisse der betrachteten Ausländergruppe – alles Faktoren, die im Durchschnitt negativ wirkten. Dass sich die Entwicklung der Löhne stark nach dem jeweiligen

Herkunftsland unterscheidet, ist vor allem auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Arbeitnehmergruppen zurückzuführen.

Lohnangleichung: Bei Ausländern, die im Durchschnitt auf einem eher geringen Lohnniveau in den Arbeitsmarkt eintraten, verlief auch die Lohnentwicklung flacher. Dies gilt z. B. für Türken, Portugiesen oder Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Ihr Lohnniveau betrug im Jahr 2000 zwischen 54 % und 59 % des deutschen Durchschnittslohns und stieg im Beobachtungszeitraum lediglich auf 61 % bis 64 % der Vergleichslöhne (siehe Infografik).

Einige Nationalitäten wie beispielsweise Franzosen, Spanier oder Tschechen verdienten bereits beim Eintritt in den deutschen Arbeitsmarkt relativ viel (87 %, 80 % bzw. 71 % des deutschen Durchschnittseinkommens). Ihre Löhne stiegen auch überdurchschnittlich stark.

Österreicher, Niederländer oder Briten stiegen bereits mit einem überdurchschnittlichen Lohnniveau ein und steigerten dieses sogar noch. Das liegt daran, dass es sich bei diesen Arbeitnehmern in der Regel um hochqualifizierte Zuwanderer handelt, die ein besonders hohes Einkommen aufweisen.

Faktoren der Lohnanpassung: Die Autoren der Studie identifizieren verschiedene Faktoren, welche die Entwicklung der Löhne von Ausländern bestimmen und die sich auch nach Herkunftsgruppen unterscheiden. Zum einen spielen Alters- und Trendeffekte eine Rolle. Denn die betrachteten Ausländergruppen sind tendenziell jünger und in jungen Jahren werden stärkere Lohnsteigerungen realisiert als in späteren Karrierejahren.

Zum anderen spielt der sogenannte Kompositionseffekt eine große Rolle, also die jeweilige Gruppenzusammensetzung und ihre Veränderung im Zeitablauf. Verlassen zum Beispiel vergleichsweise weniger erfolgreiche Migranten einer Herkunftsgruppe den deutschen Arbeitsmarkt wieder – etwa durch Rückkehr ins Heimatland oder durch Weiterwanderung in ein anderes Land – und bleiben nur die erfolgreichen Personen, so nimmt das durchschnittliche Lohnniveau dieser Gruppe zu, ohne dass sich die individuellen Verhältnisse der in Deutschland arbeitenden Ausländer verändert haben. Diese Effekte erklären einen Großteil der positiven Lohnentwicklung bei

Inhalt

Deutschland: Lohnentwicklung von Ausländern	1
Deutschland: Mehr Schutzsuchende im Jahr 2012	2
Kurzmeldungen – Deutschland I	3
Deutschland: Erneute Diskussion um Optionspflicht	4
Kurzmeldungen – Deutschland II	4
Mittel- und Osteuropa: Folgen der Auswanderung	5
Kurzmeldungen – Europa	6
USA: Einwanderungsreform und Studie zur Migrationskontrolle	7
Kurzmeldungen – Welt I	7
Kurzmeldungen – Welt II	8
Mali: Hunderttausende fliehen vor Gewalt	8
Literatur	10

Dieses Projekt
wird gefördert
durch die

Franzosen, Tschechen und Bulgaren sowie bei Arbeitnehmern aus Ungarn. Der Kompositionseffekt kann aber auch negativ sein: Von indischen Arbeitnehmern haben die eher besser verdienenden den deutschen Arbeitsmarkt wieder verlassen. Der Kompositionseffekt wirkt hier also negativ auf die Lohnentwicklung, die insgesamt stagniert.

Bei Ausländergruppen, die bereits lange in Deutschland leben und die eine eher geringe Rückwanderungsneigung aufweisen, findet nur wenig Veränderung in der Zusammensetzung statt. Daher lässt sich ihre Lohnentwicklung kaum bis gar nicht auf die Zusammensetzung der Gruppe zurückführen. Dies gilt für Ausländer aus der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien, Griechenland und Portugal. Ihre Lohnentwicklung wird durch sogenannte „beobachtbare Merkmale“, also arbeitsmarktrelevante Veränderungen auf der individuellen Ebene beeinflusst. Diese Arbeitnehmer erzielten ihre Lohnsteigerungen in den Jahren 2000 bis 2008 eher über die längere Betriebszugehörigkeit, über einen Wechsel in besser bezahlte Berufe und Branchen sowie über stabilere Beschäftigungsverhältnisse. Die Ergebnisse machen deutlich, dass eine rein de-

skriptive Beschreibung von Lohnunterschieden zwischen Ausländern und Deutschen wenig aussagt. Es muss vielmehr nach Herkunftsgruppen unterschieden werden, um der Heterogenität der in Deutschland lebenden Ausländer und ihrer Karrieren auf dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden.

Fatma Rebgiani

Weitere Informationen: <http://doku.iab.de>

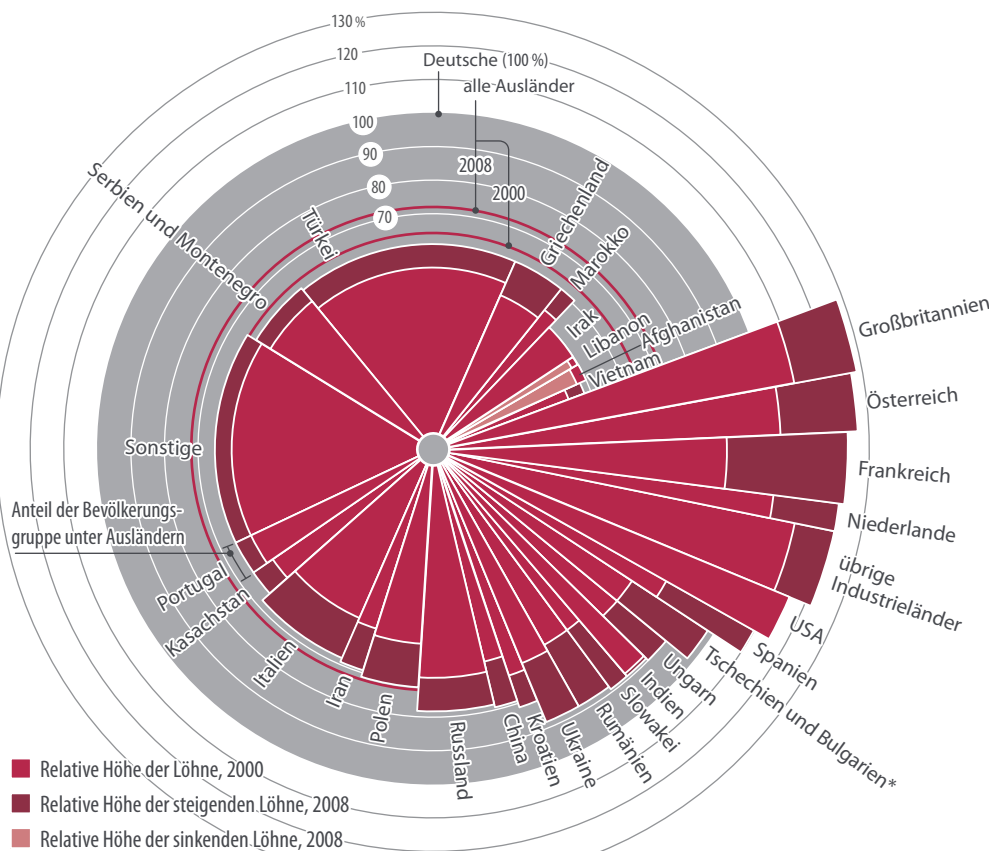
Deutschland: Mehr Schutzsuchende im Jahr 2012

Im vergangenen Jahr haben erneut deutlich mehr Menschen in Deutschland Asyl beantragt. Die Antragszahlen sind somit zum fünften Mal in Folge gestiegen. Die jüngsten Zahlen haben die Debatte über möglichen „Asylmissbrauch“ wieder angefacht. Inzwischen verhängten mehrere Bundesländer einen Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Roma.

2012 gingen 77.651 Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein, davon waren 64.539 Erstanträge und 13.112 Folgeanträge. Dies geht aus einem Mitte Januar veröffentlichten Bericht des Bundesinnenministeriums (BMI) und des BAMF hervor.

Die Erstanträge stiegen demnach im Vergleich zum Vorjahr um 18.798 bzw. 41 % und die Folgeanträge um 5.506 bzw. 72 %. Nachdem die Asylverfahren in Deutschland von 2001 bis 2007 kontinuierlich abgenommen hatten und 2007 lediglich 19.164 Erstanträge gestellt wurden, stieg die Anzahl Schutzsuchender seit 2008 jährlich an (vgl. Ausgabe 1/12, 1/11, 1/10). Der aktuelle Höchstwert liegt jedoch weit unter den Antragszahlen der frühen 1990er Jahre, als 1992 mit dem bisherigen Jahreshöchstwert 440.000 Menschen in Deutschland Asyl suchten (vgl. Ausgabe 1/10).

Lohnlücke zwischen Ausländern und Deutschen



Relative Löhne von vollzeitbeschäftigten ausländischen Männern, die im Jahr 2000 erstmals in Deutschland gearbeitet haben, bezogen auf die Löhne der deutschen Männer 2000 und 2008

Hauptherkunftsländer

Asylerstanträge

Land	2011	2012	Veränd. (%)
Serbien	4.579	8.477	+85,1 %
Afghanistan	7.767	7.498	-3,5 %
Syrien	2.634	6.201	+135,4 %
Irak	5.831	5.352	-8,2 %
Mazedonien	1.131	4.546	+301,9 %
Iran	3.352	4.348	+29,7 %
Pakistan	2.539	3.412	+34,4 %
Russ. Föd.	1.689	3.202	+89,6 %
Bosnien u. Herzegowina	305	2.025	+563 %
Kosovo	1.395	1.906	+36,6 %

Quelle: BAMF

Herkunftsländer: 71,8 % aller Asylsuchenden kamen im vergangenen Jahr aus zehn Herkunftsländern (siehe Tabelle). Die wichtigsten Herkunftsländern waren Serbien, Afghanistan, Syrien, Irak und Mazedonien. Während die Anzahl der Asylsuchenden aus Afghanistan und Irak 2012 leicht rückläufig war, hat sich die Zahl der in Deutschland schutzsuchenden syrischen Staatsbürger mehr als verdoppelt. Auch bei Serben, Mazedoniern, Bosniern und Russen gab es einen deutlichen Anstieg.

Schutzquote: Insgesamt wurden 61.826 Erst- und Folgeanträge entschieden, darunter 17.140 bzw. 27,7 % positiv (2011: 22,3 %). Davon erhielten 8.764 Personen (14,2 %) entweder die Anerkennung als Asylberechtigte nach Artikel 16a des Grundgesetzes oder die Rechtsstellung als Flüchtling nach der Genfer Konvention (GFK). Ihnen werden damit ein Aufenthaltsrecht für zunächst drei Jahre und weitgehende soziale Rechte zugestanden. 8.376 Personen (13,5 %) erhielten einen sogenannten „Abschiebungsschutz“ nach § 60 Aufenthaltsgesetz. Sie dürfen temporär nicht abgeschoben werden und bekommen eingeschränkte soziale Rechte. 30.700 Anträge wurden abgelehnt und 13.986 Anträge durch „sonstige Verfahren“ erledigt (z. B. Einstellung wegen einer Antragsrücknahme).

Eine Anerkennung als Asylsuchender oder Flüchtling erhielten anteilig an den Antragstellern aus den jeweiligen Herkunftsländern überwiegend Personen aus dem Irak (57,5 %), Iran (51,9 %), Syrien (25,5 %) und Pakistan (17,1 %). Unter den 8.376 Schutzsuchenden, denen „Abschiebungsschutz“ gewährt wurde, befanden sich 70,2 % Syrer sowie 21,9 % Afghanen. Für die 25.345 Antragsteller aus Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina oder dem Kosovo wurde in keinem Fall eine Asylberechtigung erteilt. Lediglich sechs Personen erhielten den

Rechtsstatus eines Flüchtlings nach der GFK, 105 einen „Abschiebungsschutz“.

Debatte über „Asylmissbrauch“: Das BMI erklärte in einer Pressemitteilung die extrem niedrige Anerkennungsquote von Asylbewerbern aus den letztgenannten Staaten damit, dass „offenbar asylfremde Motive für die Asylbeantragung maßgeblich waren“. Der Vorwurf eines „Asylmissbrauchs“ wird dabei seit Monaten kontrovers debattiert (vgl. Ausgabe 9/12). Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte als Reaktion auf die neuesten Statistiken: „Wir werden auch künftig entschlossen gegen den Missbrauch unseres Asylsystems vorgehen, damit diejenigen, die tatsächlich schutzbedürftig sind, bei uns auch Schutz bekommen können.“ Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, bewertete die Lage von Roma in Serbien und Mazedonien hingegen kritisch: „Die Angehörigen dieser Minderheit werden in ihren Herkunftsländern systematisch diskriminiert – sozial und politisch.“ Jelpke zufolge stiegen die Asylzahlen, „weil die Not der Flüchtlinge steigt“.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl forderte einen Ausbau der Aufnahmekapazitäten für Asylsuchende. Zugleich mahnte Pro Asyl an, jeden „Einzelfall sorgfältig und unvoreingenommen“ zu prüfen. Dies hatte Ende Dezember auch der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma Romani Rose bei einem Treffen mit dem Bundesinnenminister eingefordert. Der Zentralrat hatte sich zudem besorgt über die

Kurzmeldungen – Deutschland I

Viele Deutsche wollen keine eigenen Kinder

In seiner Mitte Dezember 2012 veröffentlichten Studie „(Keine) Lust auf Kinder? – Geburtenentwicklung in Deutschland“ hat das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) die Einstellung der Deutschen zu Ehe, Familie und Elternschaft untersucht. Das Institut kommt zu dem Ergebnis, dass die Deutschen zwar der Familie einen relativ hohen Wert beimessen, nicht aber einer eigenen Elternschaft. Im Vergleich sind den Befragten die Lebensbereiche „Ausbildung/Berufliche Interessen“, „Kontakte zu Freunden“, „Hobbys“ und „Partnerschaft“ weitaus wichtiger. Zudem glaubt nicht einmal die Hälfte der Kinderlosen zwischen 18 und 50 Jahren, dass ein Kind ihre Lebensfreude und Zufriedenheit verbessern würde. Dennoch gaben 81 % der Kinderlosen an, eine eigene Familie gründen zu wollen. Der Kinderwunsch ist dabei stark von der Lebensform abhängig. Von den Singles gaben insgesamt 48 % an, keine eigenen Kinder zu wünschen. Von den männlichen Singles wollen sogar zwei Drittel kinderlos bleiben. Die niedrige Geburtenrate hänge auch mit den sehr hohen Ansprüchen zusammen, die Deutsche an das Elternsein stellten, so der Direktor des BiB Norbert Schneider. Das Risiko eines Scheiterns erschwere vielen jungen Menschen die Entscheidung für ein Kind. fr www.bib-demografie.de

öffentlichen „Asylmissbrauchs“-Vorwürfe gegenüber Roma geäußert. Rose war mit Friedrich jedoch auch einer Meinung, „dass das deutsche Asylrecht kein Instrument sein könne zur Lösung sozialer oder wirtschaftlicher Probleme in den Herkunftsländern“.

Bundespräsident: Im Dezember 2012 besuchte Bundespräsident Joachim Gauck das Übergangswohnheim für Asylbewerber in Bad Belzig bei Potsdam. Es war der erste Besuch eines Bundespräsidenten in einem Asylbewerberheim seit über 20 Jahren. Gauck schaltete sich in die „Asylmissbrauchs“-Debatte ein: „Wer meint, dass ihm durch die Asylbewerber etwas weggenommen wird, der irrt. Ich habe hier durchweg Menschen getroffen, die arbeiten können und die arbeiten wollen – die zum Teil sogar hoch qualifiziert sind.“

Winterabschiebestopp: Die Innenminister von Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und Rheinland-Pfalz haben unterdessen bereits Mitte Dezember einen Winterabschiebestopp bis Ende März für besonders schutzbedürftige ausreisepflichtige Roma erlassen. Mecklenburg-Vorpommern schloss sich Mitte Januar an. Währenddessen wurden unter anderem in Dresden Mitte Januar 31 mazedonische und 47 serbische Staatsbürger abgeschoben. Pro Asyl, Flüchtlingsräte sowie weitere Initiativen fordern einen bundesweiten Winterabschiebestopp. *Janne Grote, Bremen International Graduate School of Social Sciences*

Weitere Informationen: <http://namf.blogspot.de>, <http://zentralrat.sintiundroma.de>, www.bmi.bund.de, www.bamf.de, www.proasyl.de, www.fluechtlingsrat-mv.de

Deutschland: Erneute Diskussion um Optionspflicht

In diesem Jahr läuft für rund 3.300 junge Erwachsene mit doppelter Staatsbürgerschaft die Entscheidungsfrist ab, welche der beiden Staatsangehörigkeiten sie behalten wollen. Liegt den deutschen Behörden bis zum 23. Geburtstag keine Entscheidung vor, so verlieren sie automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Experten fordern ein Aussetzen der Optionspflicht.

Hintergrund: Die Optionspflicht wurde mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1999 eingeführt (vgl. Ausgabe 3/99, 2/99). Seit dem 1. Januar 2000 erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern bei der Geburt neben der Staatsangehörigkeit der Eltern automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit – vorausgesetzt, ihre Eltern leben bereits seit mindestens acht Jahren regulär in der Bundesrepublik. Bis sie volljährig sind,

Kurzmeldungen – Deutschland II

Wanderungsgewinn übersteigt Geburtendefizit

Wie das Statistische Bundesamt am 14. Januar mitgeteilt hat, kann für das Jahr 2012 von einem Bevölkerungsanstieg ausgegangen werden. Zwar standen den geschätzten 660.000 bis 680.000 lebend geborenen Kindern im vergangenen Jahr etwa 860.000 bis 880.000 Todesfälle gegenüber, woraus sich ein deutliches Geburtendefizit ergibt. Jedoch zeichnet sich nach dem Wanderungsgewinn im Jahr 2011 erneut ein hoher positiver Wanderungssaldo für Deutschland ab (vgl. Ausgabe 10/12, 1/12). Es wird damit gerechnet, dass im Jahr 2012 mindestens 340.000 Menschen mehr aus dem Ausland nach Deutschland zogen als ins Ausland abwanderten. Einen derart hohen Wanderungsgewinn gab es zuletzt 1995. *fr* www.destatis.de

Feuerwehr wirbt um Migranten

In den Feuerwehren wird über eine bessere Einbindung von Migranten debattiert (vgl. Ausgabe 2/12). Am 1. Januar startete der Deutsche Feuerwehrverband das Projekt „Miteinander reden!“, welches durch den Europäischen Integrationsfonds gefördert wird. Schwerpunkt des Projekts ist der interkulturelle Dialog. Dazu sollen neue Materialien wie Leitfäden für interkulturelle Öffnung und eine Praxismappe entwickelt sowie Schulungen durchgeführt werden. Durch diese Maßnahmen soll die interkulturelle Kompetenz bei den Feuerwehren erhöht und Vertrauen von Migranten gewonnen werden. Belastbare Daten zum derzeitigen Anteil von Migranten bei den Feuerwehren liegen nicht vor. Die von TNS Infratest für das Bundesfamilienministerium erstellte Studie „Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004“ schätzt den Anteil der bei Feuerwehr und Rettungsdiensten engagierten Migranten auf lediglich ein Prozent. *sta* www.dfv.org

dürfen diese Kinder beide Staatsangehörigkeiten behalten. Anschließend müssen sie sich bis zu ihrem 23. Geburtstag für eine der beiden entscheiden (Optionspflicht). Liegt den deutschen Behörden bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres kein Nachweis über die Aufgabe der anderen Staatsangehörigkeit vor, so verlieren die Betroffenen ihren deutschen Pass (vgl. Ausgabe 7/08). Unter die Optionsregelung fallen auch zwischen 1990 und 2000 geborene Kinder, sofern sie im Rahmen einer Übergangsregelung die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung gemäß § 40b StAG erworben haben.

2010 gab es deutschlandweit rund 475.000 dieser sogenannten „Optionskinder“. In diesem Jahr werden die ersten von ihnen 23 Jahre alt (rund 3.300). Nach Angaben der Bundesintegrationsbeauftragten Maria Böhmer (CDU) müssen sich bis zum Jahr 2018 rund 50.000 junge Erwachsene für eine Staatsbürgerschaft entscheiden (vgl. Ausgabe 1/08).

Entzugsfall: Bereits Anfang Januar sorgte der Fall einer jungen Frau aus Hanau für Schlagzeilen. Diese hatte zwar vor ihrem 23. Geburtstag bei den Behörden in der Türkei einen Antrag auf Entlassung aus der türkischen Staatsbürgerschaft gestellt, allerdings lag die Entscheidung der Türkei den deutschen Behörden nicht rechtzeitig vor. Der Hanauerin wurde daraufhin die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen. Ihr bleibt nun nichts anderes übrig, als die deutsche Staatsangehörigkeit in einem normalen Einbürgerungsverfahren erneut zu erwerben.

Reaktionen: Experten kritisieren die Optionsregelung seit Jahren. Sie führe zu einem hohen Verwaltungsaufwand und zu Rechtsstreitigkeiten. Zudem sei sie unzeitgemäß: In einer globalisierten Welt, in der die Mobilität über Ländergrenzen hinweg zunimmt, entspreche die Vorstellung, Mehrstaatigkeit sei nur ein Sonderfall, immer weniger der Realität. Vor diesem Hintergrund empfahl der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) Anfang Januar das Aussetzen der Optionspflicht und die Entwicklung eines Staatsangehörigkeitsrechts, „das den Anforderungen eines modernen Einwanderungslandes entspricht“.

Die Oppositionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke im Deutschen Bundestag hatten dies in den vergangenen Jahren bereits mehrfach gefordert. CDU/CSU und FDP halten hingegen weiterhin an der Optionspflicht fest. Die Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer appellierte Anfang Januar an die jungen Leute, die von der Optionsregelung betroffen sind, sich rechtzeitig für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die Verfahren zur Entlassung aus einer Staatsangehörigkeit ziehen sich zum Teil über Jahre hin und können mit hohen Kosten verbunden sein.

Ausblick: Weltweit zeigt sich, dass Mehrstaatigkeit zunehmend akzeptiert wird. Bereits seit 1997 besteht in der Europäischen Union ein Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit, das Deutschland 2005 ratifiziert hat. Demnach verpflichten sich die Vertragsstaaten zur Akzeptanz der Mehrstaatigkeit ab Geburt. Deutschland hat zwar in Bezug auf diese Regelung einen Vorbehalt eingelegt. Allerdings ist die Mehrstaatigkeit von Unionsbürgern und Schweizern seit 2007 erlaubt. Auch Kinder aus binationalen Ehen dürfen die doppelte Staatsangehörigkeit behalten.

Die zunehmende Akzeptanz von Mehrstaatigkeit wird in der deutschen Einbürgerungspraxis deutlich. Bei der Hälfte aller Einbürgerungen wird die Beibehaltung der ausländischen Staatsangehörigkeit inzwischen nicht mehr unterbunden. Dies gilt vor allem dann, wenn eine Aufgabe der Staatsangehörigkeit unmöglich ist oder unzumutbar erscheint. Weltweit gibt es etwa ein Dutzend Länder, darunter Marokko, Syrien und der Iran, die grundsätzlich niemanden aus der Staatsangehörigkeit entlassen. Für von der Optionspflicht Betroffene, die die Staatsangehörigkeit eines dieser Länder haben, besteht daher bereits

heute die Möglichkeit, bis zu ihrem 21. Geburtstag einen Beibehaltungsantrag zu stellen und sowohl den deutschen als auch den ausländischen Pass zu behalten. Die Abschaffung der Optionspflicht wäre nur eine konsequente Fortschreibung dieser Entwicklung.
Vera Hanewinkel

Weitere Informationen: www.svr-migration.de, www.bundesregierung.de, <http://wider-den-optionszwang.de>, www.uni-muenster.de

Mittel- und Osteuropa: Folgen der Auswanderung

In den letzten Jahren haben Millionen Menschen temporär oder dauerhaft die Länder Mittel- und Osteuropas verlassen. In den Herkunftsländern kommt es hierdurch zu Engpässen im Gesundheits- und Pflegebereich.

Die Studie „Soziale Auswirkungen von Auswanderung und Landflucht in Mittel- und Osteuropa“ wurde von der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V. (GVG) im Auftrag der Generaldirektion Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Integration der Europäischen Kommission durchgeführt und im Juni 2012 fertiggestellt. Die Ergebnisse der Studie wurden jetzt in einem Bericht zusammengefasst. Sie beruhen auf 25 Länderberichten, die von Expertenteams in den betreffenden Ländern erarbeitet wurden.

Die Studie umfasst die 10 Länder Mittel- und Osteuropas, die 2004 und 2007 der EU beigetreten sind, die Erweiterungsländer des westlichen Balkans (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kroatien, Montenegro, Kosovo, Serbien) sowie die Länder der Östlichen Partnerschaft (Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Moldawien, Ukraine, Weißrussland). Griechenland und die Türkei, die in den 1960er und 70er Jahren stark von Abwanderung betroffen waren, wurden in die Studie als Referenzländer eingeschlossen.

Betrachtet werden die vergangenen zwei Jahrzehnte. Diskutiert werden die Folgen von Migration für Arbeitsmärkte, die Entwicklung des Humankapitals sowie für den sozialen Zusammenhalt der Herkunftsländer. Ein Fokus liegt auf der Abwanderung von Fachkräften, der Mobilität von Gesundheitspersonal und auf besonders gefährdeten Gruppen wie zurückgelassenen Kindern und Alten, Roma, Binnenvertriebenen und zurückkehrenden Flüchtlingen.

Zunahme der Mobilität: Insbesondere in den EU-Mitgliedstaaten hat die Freizügigkeit von Personen zu einem beträchtlichen Anstieg der innergemeinschaftlichen Mobilität beigetragen. So hat sich der Anteil der Migranten aus den mittel- und osteuropäischen neuen EU-Mitgliedstaaten von 2003 - 2009 von 1,6 auf 4,8 Mio. verdreifacht. Allerdings ist die Migration aus diesen Ländern oftmals auf kurze Zeiträume von einigen Monaten bis wenigen Jahren befristet. Sonderfälle bilden die Länder, in denen es aufgrund von Kriegen

zu erzwungener Migration kam, wie in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und der Kaukasusregion.

Aufgrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Abwanderung seit 2008 leicht zurückgegangen. Bei den Rückkehrern ist jedoch kein wesentlicher Anstieg zu verzeichnen, da viele Herkunftsländer ebenfalls hart von der Krise getroffen wurden. Aufgrund fehlender Arbeitsmigrationsabkommen ist der Anteil irregulärer Migration insbesondere aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft sehr hoch.

Profil der Migranten: Unter den Migranten sind Personen im erwerbsfähigen Alter mit höherer Schulbildung am stärksten vertreten. Dabei ist in den letzten Jahren eine wachsende Migration von gut ausgebildeten Frauen zu beobachten. Bei den Ländern der Östlichen Partnerschaft unterscheiden sich die Wanderungsrichtungen stark nach Geschlecht und Bildungsgrad. Während mehrheitlich höher gebildete Frauen in die westeuropäischen Länder auswandern, ist die Auswanderung nach Russland klar durch Männer mit niedriger und mittlerer Bildung dominiert. Diese Entwicklung erklärt sich durch die Nachfrage in den Empfängerländern. In Russland werden Arbeitskräfte vor allem im Baugewerbe und in der Landwirtschaft gebraucht, in der EU sind es die Bereiche Pflege und Hauswirtschaft.

Fachkräfteabwanderung: Die in der Studie untersuchten Herkunftsländer unterscheiden sich beträchtlich hinsichtlich der Anzahl hochqualifizierter Fachkräfte, die in ein anderes Land abwandern. Aufgrund der Arbeitnehmerfreizügigkeit in den EU-Mitgliedsländern und der zunehmenden temporären Migration ist das Problem des Brain-Drain dort weniger ausgeprägt. Hingegen sind die Länder des westlichen Balkans und der Östlichen Partnerschaft weitaus stärker betroffen. So wird geschätzt, dass Albanien seit Anfang der 1990er Jahre 50 % seiner Fachkräfte aus dem Hochschul- und Forschungsbereich an das Ausland verloren hat. Aufgrund der Mobilitätsbeschränkungen tendieren diese Migranten dazu, dauerhaft auszuwandern, oder zumindest weniger häufig zu zirkulieren.

Die negativen Auswirkungen der Abwanderung von Fachkräften zeigen sich besonders deutlich im Gesundheitssektor. Die Abwanderung von Gesundheitspersonal ist vergleichsweise hoch und stellt für viele Länder ein Problem dar. Betroffen sind hier insbesondere einige EU-Mitgliedsländer (Baltikum, Polen, Rumänien) sowie die Länder des westlichen Balkans. Die Länderberichte weisen darauf hin, dass die Mobilität in den Gesundheitsberufen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit der nationalen Gesundheitssysteme hat, wobei es hauptsächlich Engpässe bei spezialisierten Gesundheitsberufen und bei der Versorgung in ländlichen Regionen gibt.

Das Phänomen „Care-Drain“ beschreibt Betreuungsgengpässe, die entstehen, wenn etwa Mütter aus Ländern wie der Ukraine oder Moldawien auswandern, um die Versorgungslücke in EU-Ländern zu schließen, und die Betreuung ihrer Familienmitglieder

Kurzmeldungen – Europa

Großbritannien: Problem Einwanderung?

Ein Drittel der britischen Bevölkerung sieht in möglichen Spannungen zwischen gebürtigen Briten und Einwanderern die größte nationale Gefahr. Dies ergab eine Mitte Januar veröffentlichte Befragung der britischen Denkfabrik „British Future“. 30 % der Befragten gaben an, dass Einwanderung die Hauptgefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen würde. Mit jeweils lediglich 14 % folgten Spannungen zwischen Steuerzahlern und Sozialhilfeempfängern sowie zwischen Reich und Arm. Sogar 57 % der Befragten sehen in der Einwanderung eine der drei wichtigsten Ursachen von gesellschaftlichen Spaltungstendenzen. Experten und Kommentatoren gehen davon aus, dass die aktuelle Debatte um eine mögliche Einwanderung von Bulgaren und Rumänen ursächlich für die allgemeine Angst vor Einwanderung in der britischen Gesellschaft sein könnte. Für Bulgaren und Rumänen entfallen im kommenden Jahr die Einreisebeschränkungen. *th* www.britishfuture.org

Schweden: Zuwanderung erreicht Rekordwert

Die Zuwanderung nach Schweden hat im vergangenen Jahr eine Rekordzahl erreicht. Die Behörden stellten mehr als 111.000 Aufenthaltsgenehmigungen aus. Dies geht aus einem Bericht hervor, der Mitte Januar vom Schwedischen Migrationsamt (Migrationsverket) veröffentlicht wurde. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Anstieg 19 %, sodass 2012 der bislang höchste Wert erreicht wurde. Der stärkste Zuwachs war bei der Vergabe von Aufenthaltstiteln an anerkannte Flüchtlinge zu verzeichnen (17.400 bzw. +37 %). Die Zahl der Asylbewerber stieg von 29.648 auf fast 44.000 an (+48 %). Hauptherkunftsländer der Antragsteller waren Syrien (18 %), Somalia (13 %) und Afghanistan (11 %). Bei der Kategorie der Familiennachzüge (über 41.000 Aufenthaltstitel, +27 %) stellten Indien und China die höchste Zahl der Anträge. *sta* www.migrationsverket.se

Dänemark: Geringere Kosten durch Integration

Die dänischen Kommunen könnten jährlich über 600 Mio. Kronen (80,4 Mio. Euro) einsparen, wenn Zuwanderer und Flüchtlinge besser in den Arbeitsmarkt oder Bildungsmaßnahmen integriert würden. Dies geht aus einer Studie der Zeitung „Ugebladet A4“ und der Consultingfirma „LG Insight“ hervor, die Anfang Januar veröffentlicht wurde. Insgesamt gaben die Kommunen im Jahr 2011 umgerechnet 335 Mio. Euro aus, um arbeitslose Zuwanderer, Flüchtlinge und deren Familienangehörige zu unterstützen. Die kommunalen Ausgaben variieren jedoch stark. Während sich die Kosten pro Zuwanderer im Jahr 2011 in der Gemeinde Lemvig auf 2.975 Euro beliefen, gab die Stadt Aarhus 6.680 Euro aus. Der Studie zufolge könnten durch eine gezielte Förderung der Zuwanderer erhebliche Kosten gespart werden. Die sozialdemokratische Innenministerin Karen Hækkerup rief die Gemeinden zu größeren Anstrengungen bei der Integration auf. *sta* www.ugeblaveta4.dk

anderen überlassen müssen. Schätzungen zufolge gibt es heute allein in der EU etwa 500.000 Kinder, die von einem oder beiden Elternteilen aufgrund einer Erwerbstätigkeit im Ausland zurückgelassen wurden. Gleichzeitig ist in manchen Regionen mit hoher Abwanderung der Anteil der älteren Bevölkerung spürbar angestiegen. Durch solche Abwanderungsbewegungen entstehen Betreuungslücken, die in vielen Fällen weder von Familienangehörigen noch durch das ohnehin unzureichende Angebot an informellen Pflegenetzwerken und formalen Pflegediensten auf kommunaler Ebene aufgefangen werden können.

Empfehlungen der Studie: Um einen Ausgleich zwischen den Interessen der Entsende- und Empfängerländer zu schaffen, könnten bilaterale Abkommen geschlossen werden. Darin könnten die Rekrutierung bestimmter Fachkräfte sowie Ausgleichsmaßnahmen für die Entsendeländer vereinbart werden. Möglich sind etwa Personalaustauschprogramme, die Übernahme von Kosten für die Ausbildung zusätzlichen Personals oder die Anwerbung für einen festgelegten Zeitraum, kombiniert mit Fortbildungsmaßnahmen vor der Rückkehr in das Herkunftsland.

Zudem sind weitere Anstrengungen bei der bisher unzureichenden internationalen Anerkennung von formalen und informellen Qualifikationen notwendig, insbesondere zwischen der EU und Drittstaaten.

Ferner sollten auch die Informationsangebote hinsichtlich Beschäftigungsmöglichkeiten, Qualifikationsanforderungen und der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Aufnahmeland verbessert werden. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, die Vernetzung der europäischen Arbeitsagenturen (EURES) auszubauen und effektiver zu gestalten.

Birgit Garbe-Emden, Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V.

Weitere Informationen: <http://ec.europa.eu>

USA: Einwanderungsreform und Studie zur Migrationskontrolle

Während Demokraten und Republikaner über die künftige Zuwanderungspolitik der Vereinigten Staaten debattieren, veröffentlichte das Migration Policy Institute Anfang Januar eine umfangreiche Studie zur Einwanderungskontrolle. Diese hebt hervor, dass die Durchsetzung von Kontrollmaßnahmen zunehmend an Bedeutung gewonnen hat und oberste Priorität der Einwanderungspolitik geworden ist.

Studie: Das in Washington ansässige Migration Policy Institute (MPI) ist ein unabhängiger Think-Tank, der sich mit Fragen der Zuwanderungspolitik beschäftigt. Eine aktuelle MPI-Studie analysiert die Entwicklung der Migrationskontrollpolitik in den USA in den letzten 26 Jahren. Ausgangspunkt ist die Einwanderungsreform von 1986 (Immigration Reform and Control Act, IRCA). Schwerpunkt sind jedoch die seit den

Kurzmeldungen – Welt I

Jemen: Rekord bei Boatpeople

Im vergangenen Jahr haben 107.500 Menschen die gefährliche Überfahrt vom Horn von Afrika in den Jemen gewagt. Dies teilte das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) im Januar mit. Vier Fünftel von ihnen kamen aus Äthiopien (84.000), die übrigen aus Somalia (23.500). Während die somalischen Boatpeople aufgrund der Wirtschafts- und Sicherheitslage in ihrem Herkunftsland im Jemen automatisch als Flüchtlinge anerkannt werden, entscheiden sich die äthiopischen Boatpeople meist gar nicht für ein Asylgesuch, sondern nutzen den Jemen als Zwischenstopp auf der Reise in andere Golfstaaten. Viele von ihnen seien im jemenitischen Schlepper- und Menschenhändlernetz Ausbeutung, Gewalt und sexuellem Missbrauch ausgeliefert, berichtet das UNHCR. Die politische Instabilität im Jemen habe die Situation noch verschärft, Schlepperei und Menschenhandel hätten 2012 „stark zugenommen“. 236.000 Flüchtlinge vor allem somalischer Herkunft befinden sich derzeit in dem Land, in dem aufgrund der politischen Lage außerdem 300.000 Binnenvertriebene registriert sind. *th* www.unhcr.de

Syrien: Eine halbe Million Flüchtlinge

Aufgrund der Eskalation der Gewalt in Syrien suchen nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) immer mehr Menschen Zuflucht in den Nachbarländern. Bei dem seit fast zwei Jahren andauernden Bürgerkrieg sind nach Angaben der UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay bereits mindestens 60.000 Menschen ums Leben gekommen. Das UNHCR rechnet aufgrund der sich zuspitzenden humanitären Krise mit bis zu 700.000 syrischen Flüchtlingen. Im Dezember waren etwas über eine halbe Million Flüchtlinge registriert.

Der UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich Michael Lindenbauer appellierte bereits im Dezember an die Innenminister von Bund und Ländern, syrischen Flüchtlingen in Deutschland den Nachzug von Familienangehörigen aus der Region zu erleichtern (vgl. Ausgaben 7-9/12). Zugleich würdigte er die im europäischen Vergleich besonders hohe Schutzquote für syrische Flüchtlinge in Deutschland. Im Jahr 2012 lag diese bei fast 96 %. Da aber die meisten Syrer keinen formellen Flüchtlingsstatus, sondern subsidiären Schutz genießen, haben sie keinen Rechtsanspruch auf Familienzusammenführung. *th* www.ohchr.org, www.unhcr.de, www.unhcr.org, www.bamf.de

Terroranschlägen vom September 2001 verhängten Maßnahmen (vgl. Ausgabe 9/05, 7/02, 7/01).

Kosten: Seit 1986 wurden insgesamt 186,8 Mrd. Dollar (140 Mrd. Euro) für Maßnahmen der Migrationskontrolle ausgegeben. Allein im Haushaltsjahr 2012 lagen die Ausgaben in diesem Bereich bei 17,9 Mrd. Dollar (13,5 Mrd. Euro) und somit um knapp ein Viertel höher als die Gesamtausgaben für das FBI, die Drogenbekämpfung, Geheimdienste und andere Behörden der Inneren Sicherheit.

Kurzmeldungen – Welt II**Russland: Änderungen in der Migrationspolitik**

Präsident Wladimir Putin (Einiges Russland) hat Anfang Januar mehrere migrationspolitisch relevante Gesetzesänderungen erlassen. Demnach wird die Schleusung undokumentierter Migranten mit bis zu sieben Jahren Gefängnis und hohen Geldstrafen geahndet. Ausländer, die gegen die gesetzliche Meldepflicht verstoßen, erhalten ein dreijähriges Einreiseverbot in die Russische Föderation. Gesetzestreuere Verhalten von Migranten soll hingegen mit einem schnelleren Zugang zu permanenten Aufenthaltstiteln belohnt werden. Zudem schlug Putin vor, ab 2015 Visa für Staatsbürger ehemaliger Sowjetrepubliken einzuführen. Hier ist jedoch noch kein Beschluss erfolgt. Bislang können Bürger aus den meisten GUS-Staaten visumfrei nach Russland einreisen. Etwa 80 % der Zuwanderer in Russland kommen aus GUS-Staaten. Durch die Verschärfung des Melderechts soll der illegale Aufenthalt von Zuwanderern bekämpft werden. *sta*

<http://focus-migration.hwwi.de>

Israel: Grenzzaun stoppt irreguläre Zuwanderung

An der ägyptisch-israelischen Grenze werden seit Ende Dezember 2012 keine irregulären Grenzübertritte mehr verzeichnet. Während im Januar 2012 noch 2.295 Migranten bei irregulären Einreiseversuchen aufgegriffen wurden, lag diese Zahl im Dezember bei nur noch 36 Migranten. Hintergrund dieses starken Rückgangs ist der Ausbau eines Grenzzauns zwischen Israel und Ägypten, der insgesamt etwa 240 km von Eilat bis zum Gaza-Streifen verläuft. Die Kosten des nun nahezu fertiggestellten Zauns beliefen sich israelischen Regierungsangaben zufolge auf etwa 289 Mio. Euro. Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud, rechtskonservativ) kündigte an, alle Zuwanderer, die sich illegal in Israel aufhalten, in ihre Herkunftsländer abschieben zu wollen. Im Laufe des Jahres 2012 wurden bereits rund 9.000 Migranten abgeschoben, davon knapp 4.000 aus Staaten des afrikanischen Nachbarkontinents (vgl. Ausgabe 1/10, 2/08). Migrantenverbände und Menschenrechtsorganisationen kritisieren die restriktiven Maßnahmen als Verstoß gegen internationales Recht (vgl. Ausgabe 7/12). *sta*

www.hotline.org.il

Ergebnisse: Die Studie unterscheidet zwischen sechs Grundpfeilern der Migrationskontrolle: Grenzkontrollen, Visakontrollen und Überwachung von Reisenden, Information und Vernetzung von Datenbanken, Kontrollen am Arbeitsplatz, Verbindung zwischen Strafverfolgung und Einwanderungskontrolle sowie Festnahmen und Abschiebungen.

Die finanzielle, technische und personelle Ausstattung im Bereich der Grenzkontrollen ist am stärksten gestiegen. Die Zahl der Grenzschützer (Border Patrol) hat sich zwischen den Haushaltsjahren 2004 (10.819) und 2012 (21.370) nahezu verdoppelt. Gleichzeitig ist die Zahl der Aufgriffe an den Grenzen der Vereinigten Staaten zurückgegangen (vgl. Ausgabe 4/12). Sie

betragen im Haushaltsjahr 2011 nur noch 340.252 Fälle, dies entspricht einem Fünftel des Höhepunkts der Aufgriffe im Jahr 2000 (1,7 Mio.). Die Autoren der Studie betonen jedoch, dass der Rückgang nicht nur mit den zunehmenden Kontrollmaßnahmen zusammenhängt, sondern ebenso mit anderen Faktoren. Dazu zählen vor allem die anhaltend kritische Lage auf dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt sowie das wirtschaftliche Wachstum in Mexiko.

Im Bereich der Visa- und Reisekontrollen zeigt die Studie, dass nach einem dramatischen Rückgang der Ausstellung von Visa erst im Haushaltsjahr 2011 wieder das Niveau von 2001 erreicht wurde. Zudem verfügen die USA mit dem Programm US-VISIT und der Datenbank IDENT über die weltweit größte Sammlung von biometrischen Merkmalen. Diese umfasst mehr als 148 Mio. Fingerabdrücke und wächst jährlich um etwa 10 Mio. weitere Datensätze. Eine Vernetzung mit den Datenbanken von FBI und Verteidigungsministerium wird vorbereitet.

Einen besonders starken Anstieg gab es bei den Abschiebungen (vgl. Ausgabe 8/12, 9/11). Mehr als 4 Mio. Ausländer, vor allem undokumentierte Migranten, wurden seit 1990 abgeschoben. Im Haushaltsjahr 2011 erreichten die Abschiebungen einen neuen Höchststand mit 391.953 Fällen (1990: 30.039).

Doris Meissner, eine der Autorinnen der Studie und ehemalige Direktorin der US-Einwanderungsbehörde, gab zu bedenken, dass die Schwerpunktsetzung auf Migrationskontrolle als „Antwort auf die großen Herausforderungen der Zuwanderung für die Zukunft Amerikas unzureichend“ sei. Stattdessen solle die Zuwanderungspolitik mehr auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden, um somit „zukünftiges Wachstum und Wohlstand sicherzustellen“, so die Autoren der Studie.

Einwanderungsreform: Unterdessen geht die Diskussion über eine umfassende Einwanderungsreform weiter (vgl. Ausgabe 10/12). Der Pressesprecher des Weißen Hauses Jay Carney wies Anfang Januar darauf hin, dass Präsident Barack Obama (Demokraten) voraussichtlich die traditionelle Rede zur Lage der Nation am 12. Februar dazu nutzen wird, die zentralen Bestandteile seiner geplanten Reform vorzustellen. Presseberichten zufolge ist ein Gesetzesvorschlag bereits in Arbeit. Dieser soll eine Teillegalisierung undokumentierter Migranten enthalten, jedoch verbunden mit Geldstrafen für den illegalen Aufenthalt und einer Nachzahlung von Steuern. Zudem seien neue Visa-Kategorien sowie ein Gastarbeiterprogramm vorgesehen. Die Demokraten sowie das Weiße Haus bestehen darauf, dass das Gesetz als Gesamtpaket zu verabschieden ist und nicht etwa, wie von einigen Republikanern gefordert, in einzelne Gesetze aufgeteilt wird.

Neben der Obama-Administration arbeitet auch eine überparteiliche Gruppe von Senatoren an einem Gesetzesvorschlag. Dieser soll voraussichtlich im März eingebracht und bis zum Spätsommer zur Ab-

stimmung gestellt werden. Unter den Republikanern gibt es jedoch weiterhin erheblichen Widerstand gegen eine umfassende Einwanderungsreform. Der Verlauf des Entscheidungsprozesses ist nicht absehbar.

Der Bereich der Migrationskontrolle dürfte durch das Reformpaket nur teilweise berührt werden, etwa durch die geplante Einführung neuer Visa für Hochqualifizierte sowie für Gastarbeiter. Die Studie des MPI zeigt, dass sowohl unter den Administrationen der Republikaner als auch der Demokraten ein restriktiver Ansatz in der Zuwanderungskontrollpolitik vorherrschte. *Stefan Alscher*

Weitere Informationen: www.migrationpolicy.org, www.whitehouse.gov

Mali: Hunderttausende fliehen vor Gewalt

Seit über einem Jahr kämpfen in Mali Regierungstruppen gegen islamistische Rebellen. Dabei sind bereits über 350.000 Menschen aus dem von den Islamisten besetzten Norden geflohen. Die jüngsten Kämpfe haben eine neue Flüchtlingswelle ausgelöst. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat hält eine Verdoppelung der bisherigen Flüchtlingszahlen für möglich.

Über 400.000 Flüchtlinge in den Nachbarländern und bis zu 300.000 Binnenvertriebene – mit diesen Zahlen rechnet das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) nach dem erneuten Ausbruch der Gewalt in Mali im Januar. Man gehe davon aus, dass es in den nächsten Wochen und Monaten zu „verstärkten Vertreibungen“ kommen werde, teilte das UNHCR Mitte Januar mit. Es befänden sich in Mali auch noch viele Menschen auf der Flucht ins Ausland.

Hintergrund: Seit über einem Jahr kämpfen islamistische Rebellen, die Al Qaida nahe stehen, gegen die Regierung Malis. Bereits im vergangenen April brachten die Rebellen den Norden des Landes unter ihre Kontrolle. Seither sind Hunderttausende in den Süden des Landes sowie die angrenzenden Staaten geflohen.

Aufgrund der Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den islamistischen Rebellen, der schlechten Versorgungslage sowie der Einführung der Scharia im Nordteil des Landes sind seit Beginn des Konflikts knapp 150.000 Menschen in die benachbarten Staaten geflohen. Darunter 55.000 nach Mauretanien, 53.000 nach Niger, 39.000 nach Burkina Faso und 1.500 nach Algerien. In diesen Staaten versorgt das UNHCR fast 55.000 Flüchtlinge in Auffanglagern mit Trinkwasser, sanitären Anlagen, medizinischer Hilfe und Schulbildung. Insgesamt sollen sich nach UNHCR-Angaben über 200.000 malische Flüchtlinge in den angrenzenden Staaten aufhalten.

Innerhalb Malis sollen nach neuesten Schätzungen zusätzlich knapp 230.000 Menschen auf der Flucht sein. Sie sind aus dem Norden Malis in den südlichen

Landesteil geflohen und befinden sich vorwiegend in Städten. Allein fast 50.000 Binnenvertriebene sollen sich in der malischen Hauptstadt Bamako befinden, 30.000 in der Provinzhauptstadt Ségou.

Flüchtlingsberichten zufolge haben die Islamisten in den von ihnen kontrollierten Regionen Kona, Lere und Gao die Scharia-Gesetzgebung eingeführt. Augenzeugen berichten von Zwangsamputationen und Hinrichtungen. Außerdem gibt es zahlreiche Berichte von sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen. Mit Geld versuchen die Islamisten, Zivilisten für ihre Truppen zu rekrutieren. In den Reihen der Rebellen sollen

Mali

Mali befindet sich nach Angaben des Welternährungsprogramms (WFP) auf Platz 175 von 187 Ländern auf dem sog. Human Development Index (HDI), bei dem neben dem Pro-Kopf-Einkommen auch Kriterien wie die durchschnittliche Lebenserwartung und der Bildungsgrad berücksichtigt werden. 80 % der Landbevölkerung sind abhängig von Agrar- und Viehwirtschaft, was vor dem Hintergrund der Zunahme extremer Wetterereignisse aufgrund des Klimawandels (vgl. Ausgabe 3/11, 1/09) fatale Konsequenzen hat. Die letzten bevölkerungs- und gesundheitspolitischen Erhebungen in Mali haben ergeben, dass 15 % der Kinder unter 5 Jahren an Unterernährung leiden. Über 69 % der Bevölkerung leben unterhalb der nationalen Armutsgrenze und über ein Fünftel der schulfähigen Kinder kann nicht zur Schule gehen. www.wfp.org

nach UNHCR-Berichten auch Kinder kämpfen. Dies wäre ein Verstoß gegen das Völkerrecht und würde vom Internationalen Strafgerichtshof als Kriegsverbrechen verfolgt werden.

Aktuelle Entwicklungen: Die erneute Offensive der Islamisten Anfang Januar konnte nur durch eine militärische Intervention der französischen Armee gestoppt werden. Frankreich griff auf Bitten der Regierung Malis in den Konflikt ein, da die Armee Malis den Islamisten nicht mehr standhalten konnte. 2.500 französische Soldaten unterstützen seither die malischen Truppen aus der Luft und am Boden. Die Bundeswehr unterstützt den Einsatz bisher logistisch.

Der UN-Sicherheitsrat hatte bereits Ende Dezember eine internationale Unterstützungsmission unter afrikanischer Führung beschlossen und die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) beauftragt, die territoriale Integrität Malis wiederherzustellen. Die Europäische Union hat Mitte Januar entschieden, eine Ausbildungsmission einzurichten, um die militärischen Fähigkeiten der malischen Armee zu stärken und die Wiederherstellung der Einheit des Landes zu unterstützen.

Das UNHCR kündigte an, seine Teams in der Region zu verstärken. Flüchtlinge, die sich noch in den Grenzregionen von Mauretanien, Burkina Faso und Niger befinden, sollen in den kommenden Wochen

weiter in das Landesinnere gebracht werden. Allerdings haben die Regierungen in Burkina Faso und in Algerien angekündigt, ihre Grenzen schließen zu wollen. Als Grund gaben sie die Versorgungsprobleme der eigenen Bevölkerung infolge der extremen Trockenheit an. Die enormen Ernteausfälle infolge der Dürre in vielen afrikanischen Staaten erschweren die Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen (vgl. Ausgabe 7/11). Wasser und Nahrungsmittel müssen oft über weite Strecken und in Regionen transportiert werden, in denen auch die einheimische Bevölkerung unter den Folgen der Dürre leidet.

Die Summe der benötigten Hilfsgelder erhöhte das UN-Flüchtlingshilfswerk von bislang 92 Mio. Euro auf knapp 250 Mio. Euro. Allein in diesem Jahr seien 150 Mio. Euro notwendig. Nach eigenen Angaben habe das UNHCR bisher lediglich 58 Mio. Euro von den Geberländern erhalten. *Thomas Hummitzsch*

Weitere Informationen: www.unhcr.de, www.unhcr.org, www.auswaertiges-amt.de

Literatur

Veröffentlichungen

Urmila Goel, Jose Punnamparambil und Nisa Punnamparambil-Wolf (Hg.): **InderKinder. Über das Aufwachsen und Leben in Deutschland.**

Drapadi Verlag, November 2012, 19,80 €, ISBN 978-3-937603-73-5.

In diesem Buch schreiben Kinder von Migranten und Migrantinnen aus Indien, die schon lange keine Kinder mehr sind und von denen viele schon selbst Kinder haben, über das Aufwachsen und Leben als InderKind in Deutschland. www.urmila.de

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Länderprofil Nr. 24: Japan**, Focus Migration, Autorin: Prof. Dr. Gabriele Vogt, November 2012, ISSN 1864-6220.

Offiziell öffnet Japan seine Grenzen nur für temporäre Zuwanderung und für Hochqualifizierte. De facto erfüllen jedoch zwei Drittel der Zuwandererbevölkerung eines oder beide dieser Kriterien nicht. Damit besteht eine große Diskrepanz zwischen politischem Anspruch Realität der japanischen Migrationspolitik.

Online abrufbar unter: www.bpb.de



Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): **Kurzdossier Nr. 19: Binnenmigration in China – Chance oder Falle?** Focus Migration, Autorin: Bettina Gransow, Dezember 2012, ISSN 1864-5704.

Chinas Niveau der Binnenmigration übersteigt derzeit das der weltweiten internationalen Migration. Das Kurzdossier befasst sich mit den Funktionen des Meldesystems sowie verschiedenen Aspekten der Binnenmigration. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Land-Stadt-Migration eine Chance für die ärmere Landbevölkerung Chinas bietet. Online abrufbar unter: www.bpb.de



Matthias Deiß, Jo Goll: **Im Namen der Ehre?**

Ein deutsches Schicksal. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2012

Hatun Sürücü wurde nur 23 Jahre alt. Ihr Bruder tötete sie auf offener Straße, weil er ihren selbstbestimmten Lebensstil nicht dulden wollte.

Der Mord im Namen der Familienehre wirft viele Fragen auf. Das Buch blickt hinter die Kulisse einer Familie, die nicht bereit scheint, archaische weibliche Lebensentwürfe zu überwinden.

Bestellung: www.bpb.de/shop

Bereitstellungspauschale: 4,50 Euro

Bestellnummer: 1297



Margreth Lünenborg, Katharina Fritsche, Annika Bach: **Migrantinnen in den Medien.**

Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption.

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2012

In den Medien und mit ihnen wird Teilhabe an der Gesellschaft hergestellt – aber welches Bild vermitteln die Medien von Migrantinnen?

Bestellung: www.bpb.de/shop

Bereitstellungspauschale: 4,50 Euro

Bestellnummer: 1266



Klaus J. Bade: **Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft.** Wochenschau Verlag, März 2013, 26,80 Euro, ISBN 978-3-89974893-2.

Veranstaltungshinweise finden Sie auf unserer Webseite: www.migration-info.de

Impressum

Herausgeber: Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin, E-Mail: MuB@migration-info.de; ISSN: 1435-7194

Redaktion: Marcus Engler (verantw., me), Stefan Alscher (sta), Vera Hanewinkel (vh), Thomas Hummitzsch (th), Fatma Rebeggiani (fr), Antje Scheidler (as), Jan Schneider (js), Dita Vogel (dv), Sybil Volks (sv)

Redaktionsschluss: 25.01.2013 **Bestellung:** www.migration-info.de/mub_abo.php

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ wird von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert. Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.